UNTERNEHMENSDARSTELLUNG UND FORMBLÄTTER FÜR DIE EIGNUNGSNACHWEISE

FÜR DAS

VERGABEVERFAHREN

„DURCHFÜHRUNG VON IT-GRUNDSCHUTZ-PRAKTIKER SCHULUNGEN NRW“

FÜR DAS

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Stand: 18.11.2026

Ich / wir geben die Unternehmensdarstellung und die Formblätter für die Eignung für das/die folgende/n Los/e ab (Zutreffendes bitte ankreuzen):

☐ Los 1 (Schulungsleistungen – Schulungsstandort Düsseldorf)
☐ Los 2 (Schulungsleistungen – Schulungsstandort Köln)
☐ Los 3 (Schulungsleistungen – Schulungsstandort Münster)
☐ Los 4 (Schulungsleistungen – Schulungsstandort Dortmund)
☐ Los 5 (Schulungsleistungen – Schulungsstandort Bielefeld)

Unternehmensdarstellung

Name des Bieters	
Rechtsform	
Straße	
PLZ / Ort	
Telefon	
Telefax	
E-Mail:	
Eintragung im Handelsregister / Berufsregister	☐ Amtsgericht, Nr. _____ ☐ Nicht zur Eintragung verpflichtet
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID)	
Name, Geburtsdatum und Staatsangehörigkeit des wirtschaftlich Berechtigten im Sinne des § 3 GWG	

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Bietergemeinschaftserklärung

Name der Bietergemeinschaft: _____

Wir erklären, dass wir uns im Falle der Auftragserteilung zu einer gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen:

Wir benennen: _____

als bevollmächtigten Vertreter unserer Bietergemeinschaft für dieses Vergabeverfahren.

Wir bestätigen, dass der bevollmächtigte Vertreter[1] im vorliegenden Vergabeverfahren alleinvertretungsberechtigt ist. Er ist insbesondere befugt, geschäftliche und / oder gesetzliche Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben, sowie für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft Zahlungen anzunehmen. Auf Verlangen des Auftraggebers werden wir eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete Erklärung nachreichen.

Wir erklären außerdem, dass durch die Bildung unserer Bietergemeinschaft keine unzulässige Einschränkung des Wettbewerbs im Sinne von § 1 GWB bezweckt oder bewirkt wird, insbesondere sind zwischen den Mitgliedern der Bietergemeinschaft keine wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen und die Gründung der Bietergemeinschaft beruht auf zweckmäßigen und kaufmännischen Gründen.

Hinweis an die Bieter:

Eine Einschränkung des Wettbewerbs liegt insbesondere nicht vor, wenn die beteiligten Unternehmen jedes für sich aufgrund ihrer betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse objektiv nicht leistungsfähig genug wären, um an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot teilzunehmen, also erst der Zusammenschluss zu einer Bietergemeinschaft sie in eine Lage versetzt, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Die Leistungsfähigkeit aufgrund betrieblicher oder geschäftlicher Verhältnisse kann sich insbesondere aus mangelnden Kapazitäten, fehlender technischer Einrichtung und/oder fehlenden fachlichen Kenntnissen ergeben. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise nachzufordern, die belegen, dass die Kooperation als Ganzes sowie die Teilnahme einzelner Unternehmen an der Kooperation zulässig ist und insbesondere keine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Absprache getroffen wurde.

[1] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Bietergemeinschaftserklärung

Mitglied Nr. 1

(Ort, Datum)	(Angabe einer vertretungsberechtigten natürlichen Person)

Mitglied Nr. 2

(Ort, Datum)	(Angabe einer vertretungsberechtigten natürlichen Person)

Mitglied Nr. 3

(Ort, Datum)	(Angabe einer vertretungsberechtigten natürlichen Person)

Mitglied Nr. 4

(Ort, Datum)	(Angabe einer vertretungsberechtigten natürlichen Person)

Mitglied Nr. 5

(Ort, Datum)	(Angabe einer vertretungsberechtigten natürlichen Person)

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Eigenerklärung über Betriebshaftpflichtversicherung

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bieter und im Falle einer Bietergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.

Name des Bieters /
Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

Hiermit erklären wir,

☐ dass für unser Unternehmen eine Betriebshaftpflichtversicherung mit nachfolgender Mindest-Deckungssumme besteht:

mindestens 1,5 Mio. Euro je Schadensereignis (jährlich 2-fach maximiert) für Personen- und Sachschäden

☐ dass wir im Auftragsfall vor Leistungsbeginn eine Betriebshaftpflichtversicherung abschließen werden, die den vorstehenden Anforderungen genügt, und dem Auftraggeber die Deckung vor Leistungsbeginn durch Vorlage einer Bestätigung des Versicherungsgebers oder eine Kopie der Versicherungspolice nachweisen werden.

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Eigenerklärung zu §§ 123 und 124 GWB und zu Russland

Name des Bieters /

Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

1. Angaben zu §§ 123, 124 GWB

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

1.1 Angaben zu § 123 GWB

☐ **Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle des § 123 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, vorliegen:**

Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zuzurechnen ist, wegen einer der folgenden Straftaten rechtskräftig verurteilt und dass gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen einer der folgenden Straftaten rechtskräftig festgesetzt worden ist:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89 c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen öffentliche Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen öffentliche Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Absatz 2 GWB).

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Absatz 3 GWB).

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für jede Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, unverzüglich einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bieters beibringen.

Ich/Wir erkläre(n) zudem hiermit, dass

- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und keine anderslautende rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung getroffen wurde (§ 123 Absatz 4 Ziffer 1 GWB).

  Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir unverzüglich eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bieters ausgestellte Bescheinigung beibringen.

  Wird eine Urkunde oder Bescheinigung von dem Herkunftsland nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle vorgesehenen Fälle erwähnt, so kann sie durch eine Versicherung an Eides statt ersetzt werden. In den Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides stattgibt, darf die Versicherung an Eides statt durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein Vertreter des Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dafür qualifizierten Berufsorganisation des Herkunftslands abgibt.

1.2 Angaben zu § 124 GWB

☐ **Ich/Wir erkläre(n), dass nachweislich keine Fälle des § 124 GWB, die zu einem Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen können, vorliegen:**

Ich/Wir erkläre(n) weiter, dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- mein/unser Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen meines/unseres Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren weder beantragt noch eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich mein/unser Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmens infrage gestellt wird (Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.),
- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen

hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigten könnte,
- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- kein früherer öffentlicher Auftrag meines/unseres Unternehmens vorzeitig beendet wurde, zu Schadenersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- mein/unser Unternehmen in Bezug auf die Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- mein/unser Unternehmen
  a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte und
  c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Sofern ich/wir die vorstehende Bestätigung nicht, nicht uneingeschränkt oder nicht ohne Weiteres abgeben kann, füge ich/fügen wir dieser Erklärung eine gesonderte Anlage bei, in der die Umstände näher beschrieben sind. Die getroffenen Selbstreinigungsmaßnahmen können in dieser gesonderten Anlage beschrieben werden.

1.3 Erklärung zu Voraussetzungen eines Ausschlusses vom Vergabeverfahren nach § 19 MiLoG:

☐ Ich/Wir erkläre(n) nach § 19 Abs. 3 in Verbindung mit Absatz 1 MiLoG, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden bin/sind.

Sofern ich/wir die vorstehende Bestätigung nicht, nicht uneingeschränkt oder nicht ohne Weiteres abgeben kann, füge ich/fügen wir dieser Erklärung eine gesonderte Anlage bei, in der die Umstände des Verstoßes und der Wiederherstellung der Zuverlässigkeit beschrieben sind.

1.4 Angaben zu Einträgen im Wettbewerbsregister:

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass keine Einträge im Wettbewerbsregister für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden natürlichen Personen vorliegen.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass folgende Einträge im Wettbewerbsregister für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden natürlichen Personen vorliegen:

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, insbesondere falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister oder eine gleichwertige Urkunde einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslands vorlegen.

1.5 Erklärung zu Voraussetzungen eines Ausschlusses vom Vergabeverfahren § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG):

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir innerhalb der letzten drei Jahre nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Abs. 2 LkSG belegt worden bin/sind.

Sofern ich/wir die vorstehende Bestätigung nicht, nicht uneingeschränkt oder nicht ohne Weiteres abgeben kann/können, füge ich/fügen wir dieser Erklärung eine gesonderte Anlage bei, in der die Umstände des Verstoßes und der Wiederherstellung der Zuverlässigkeit beschrieben und insbesondere Nachweise von Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB enthalten sind.

2. Erklärung zur Abwesenheit von Interessenkollisionen bei Auftragsausführung:

☐ Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir keine Interessen haben, die mit der Ausführung des Auftrags in Widerspruch stehen und sie nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV).

Sofern ich/wir diese Erklärung nicht oder nicht uneingeschränkt oder nicht eindeutig bejahend abgeben kann/können, füge(n) ich/wir der Bewerbung eine erläuternde Eigenerklärung bei.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, nach denen der öffentliche Auftraggeber Bieter in den dort genannten Fällen ausschließen kann, unberührt bleiben. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß den vorgenannten Vorschriften der öffentliche Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anfordert.

3. Angaben zur Erklärung in Bezug auf die Eignung:

☐ Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Eignung abgebe(n) oder diese Auskünfte nicht unberechtigt nicht erteile(n).

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Eigenerklärung zu Russlandsanktionen

Name des Bieters / Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

☐ Der/die **Bieter** gehört nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bieters oder die Niederlassung des Bieters in Russland,

b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

c) durch das Handeln der Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

☐ Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, welche zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

_____ _____

Ort, Datum

Name der natürlichen Person, welche die Erklärung abgibt

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Arti-kel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in An-spruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atom-anlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Umsätze

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bieter und im Falle einer Bietergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen. Bietergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Name des Bieters /

Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

Eigenerklärung zu den Gesamtumsätzen

Jahr	Gesamtumsatz des Bieters / des Mitglieds der Bietergemeinschaft in Euro	Falls zutreffend: Gesamtumsatz der Bietergemeinschaft in Euro
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vorliegt)		

Die Bieter bzw. Bietergemeinschaften haben ihre Angaben zu den Umsätzen möglichst durch Jahresabschlüsse und Prüfberichte zu belegen.

Umsätze

Name des Bieters /

Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

Eigenerklärung zu den Umsätzen mit Leistungen, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand (Schulungen zum IT-Grundschutz-Praktiker) vergleichbar sind

Jahr	Umsatz des Bieters / des Mitglieds der Bietergemeinschaft in Euro	Falls zutreffend: Umsatz der Bietergemeinschaft in Euro
2025		
2024		
2023		
2022 (falls 2025 nicht vorliegt)		

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Hinweis: Für jede Referenz ist das Formblatt gesondert auszufüllen. Bietergemeinschaften werden bei der Bewertung der Referenzen als Ganzes betrachtet.

Der Bieter muss in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren insgesamt mindestens 5 IT-Grundschutz-Praktiker Schulungen durchgeführt haben.

Anzahl der durchgeführten IT-Grundschutz-Praktiker Schulungen:

2025: _____
2024: _____
2023: _____

Die Bieter bzw. Bietergemeinschaften sollen Referenzen, also eine Liste der aus den letzten bis zu drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erbrachten Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung (Schulungen zum IT-Grundschutz-Praktiker) und den abrufberechtigten Auftraggebern vergleichbar sind, unter Angabe des genauen Auftrags, der Auftragssumme, des Auftraggebers, des Erbringungszeitraums sowie möglichst eines Ansprechpartners beim Auftraggeber inkl. Kontaktdaten, vorlegen.

Dazu sind die nachfolgenden Formblätter auszufüllen und ggf. anhand von gesonderten Anlagen zu plausibilisieren. Die Bieter dürfen die Formblätter auch vervielfältigen, falls notwendig.

Eine mehrfache Verwendung der Referenzen für verschiedene Lose ist zulässig.

Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Name des Auftraggebers, Angabe eines Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten	
Angabe des Auftrags	
Auftragssumme	
Erbringungszeitpunkt (von wann bis wann)	
Projektbeschreibung	

Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Name des Auftraggebers, Angabe eines Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten	
Angabe des Auftrags	
Auftragssumme	
Erbringungszeitpunkt (von wann bis wann)	
Projektbeschreibung	

Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Name des Auftraggebers, Angabe eines Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten	
Angabe des Auftrags	
Auftragssumme	
Erbringungszeitpunkt (von wann bis wann)	
Projektbeschreibung	

Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Name des Auftraggebers, Angabe eines Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten	
Angabe des Auftrags	
Auftragssumme	
Erbringungszeitpunkt (von wann bis wann)	
Projektbeschreibung	

Eigenerklärung über Referenzen vergleichbarer Leistungen

Name des Auftraggebers, Angabe eines Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten	
Angabe des Auftrags	
Auftragssumme	
Erbringungszeitpunkt (von wann bis wann)	
Projektbeschreibung	

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Eigenerklärung über Nennung als Schulungsanbieter für die Basis- und Aufbauschulung

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bieter und im Falle einer Bietergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.

Name des Bieters /
Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

Hiermit erklären wir,

☐ dass wir einer der auf der Liste des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) genannten Anbieter für die Basis- und Aufbauschulung sind (https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Standards-und-Zertifizierung/IT-Grundschutz/Zertifizierte-Informationssicherheit/Personenzertifizierung-IT-Grundschutzberater/Schulungen-zum-IT-Grundschutz-Praktiker-und-IT-Grundschutzberater/schulungen-zum-it-grundschutz-praktiker-und-it-grundschutzberater_node.html).

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl

Hinweis: Das Formblatt ist von dem Bieter und im Falle einer Bietergemeinschaft von mindestens einem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen. Bietergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Name des Bieters /
Bietergemeinschaftsmitglieds: _____

Anzahl der Beschäftigtenzahl				
Jahr	Anzahl des Bieters / des Mitglieds der Bietergemeinschaft (Vollzeitäquivalente)		Falls zutreffend: Anzahl der Bietergemeinschaft (Vollzeitäquivalente)	
	Gesamt	Beschäftigte für Schulungs-, Lehr- oder Prüfungsleistungen im Bereich Informationssicherheit	Gesamt	Beschäftigte für Schulungs-, Lehr- oder Prüfungsleistungen im Bereich Informationssicherheit
2025				
2024				
2023				

Der Bieter / die Bietergemeinschaft muss im Kalenderjahr 2025 mindestens drei Vollzeit-Äquivalente für Schulungs-, Lehr- oder Prüfungsleistungen im Bereich Informationssicherheit beschäftigt haben.